

6. Neue partizipative Formen der Demokratie dank Digitalisierung

Postulat Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa) und Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon) vom 1. Juli 2019

KR-Nr. 226/2019, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die Regierung ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Diego Bonato, Aesch, hat an der Sitzung vom 30. September 2019 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulats gestellt.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon): Der Kanton Zürich soll nicht nur der Schweizer Wirtschaftsmotor, sondern auch der Digitalisierungspionier sein. Wir stellen uns künftig eine modernere Form der Bevölkerungs-Aktivierung vor. Unser demokratisches System ermöglicht die direkte politische Teilhabe. Und das ist auch richtig so. Die formalen Instrumente wie Initiative, Referendum, Abstimmung oder Wahlen werden mit diesem Postulat nicht tangiert.

Was wollen wir denn? Ideen, Anregungen und Stellungnahmen aus der Bevölkerung sollen schneller, günstiger und weniger formalistisch in den politischen Prozess einfliessen. Das Postulat erwartet eine Strategie für ein E-Mitwirken, welche Dank der Digitalisierung eine breitere Gruppe, zum Beispiel auch Unternehmer oder jüngere Bevölkerung, anspricht. Diese Mitbeteiligung soll nicht nur bei Vernehmlassungen möglich sein. Sie könnte auch bei zukunftsgerichteten Themen wie der Raumplanung und Siedlungsentwicklung eingesetzt werden.

Bedenken zu Datenschutz, Missbrauch oder Kosten nehmen wir ernst. Diese sollen uns aber nicht vor den digitalen Möglichkeiten verschliessen, sondern uns anspornen, nach Lösungen zu suchen und über die Kantons- oder Landesgrenze zu schauen. Was funktioniert? Was könnten wir übernehmen? Wie sind die Erfahrungen? Solothurn, Luzern, Bern und erst kürzlich auch Baar nutzen bereits solche E-Mitwirkungs-Plattformen.

Die digitale Demokratie umfasst drei Merkmale: In der digitalen Information sind wir bereits gut unterwegs. Beim digitalen Austausch, wie Diskussionsforen, sind wir zaghaft unterwegs. Bei der digitalen Partizipation, wie Online-Petitionen, digitale Befragungen und Bürgerbeteiligungen, haben wir noch Potenzial. Deutschland bietet bereits Möglichkeiten der E-Partizipation auf Ebene Bund und Bundesland.

Die Digitalisierung auf der politischen Bühne als Ergänzung zu den traditionellen Verbänden und Lobbys bietet die Chance für Mitgestaltung und eine stärkere Demokratie. Potenzielle Kollateralschäden, wie Populismus und Fake News, sind zu durchleuchten und Lösungsvorschläge abzuwägen. Welche Plattformen könnten in den Dienst einer demokratischen Gesellschaft gestellt werden? Vernehmlassungen, Leitbilder und Entwicklungen betreffen naturgemäss die Zukunft. Daher ist es mehr als folgerichtig, die zukünftige Bevölkerung einzubeziehen. Dafür braucht es Instrumente, welche junge Menschen ansprechen. Vernehmlassungsbriefe sind Instrumente der älteren Bevölkerung, von Verbänden und Parteien.

Digitale Plattformen könnten die Instrumente der Jungen sein oder auch der Junggebliebenen. Jedenfalls würde ich «altes Guetzli» mich diesen digitalen Instrumenten nicht verschliessen. Seien Sie ebenfalls offen.

Ich bitte Sie, den Regierungsrat zu beauftragen, eine Strategie für eine partizipative Demokratie zu erarbeiten, welche auch digitale Mitwirkungs- und Ideenplattformen einschliesst. Ein proaktives Verhalten ist immer besser als im Nachhinein zu reagieren. Herzlichen Dank.

Diego Bonato (SVP, Aesch): In der SVP stehen wir diesem Postulat kritisch gegenüber. Wir halten die Eigenverantwortung hoch. Wenn man die Eigenverantwortung hochhält, dann hat dieser Vorstoss für die SVP nun aber geradezu etwas Gruseliges.

Zitat erster Satz des Postulats: «Der Regierungsrat wird gebeten, eine Strategie für die partizipative Demokratie zu erarbeiten». Zitat Ende. Ende des Denkens in unserer Demokratie, frage ich sie? Wir übergeben das Denken dem Staat, oder wie? Dieser Vorstoss trieft geradezu vor Staatsgläubigkeit. Und die Regierung zeigt sich ohne Weiteres bereit, diesen gruseligen Vorstoss entgegenzunehmen. Die Regierung fühlt sich in allen Belangen kompetent, selbst eine Strategie für unsere Demokratie zu entwickeln. Nein, so nicht. Meine Damen und Herren der GLP und geschätzte Regierungsrätin, für die SVP ist dies ganz grundsätzlich ein No-Go, nämlich, dass der Staat Strategien für unsere direkte Demokratie erarbeiten soll. Und liebe GLP, es tut mir leid, aber dieser Vorstoss widerspricht dem Wort «liberal» in eurem Parteinamen. Wenn man ja sagt zu liberal, dann sagt man auch ja zur Eigenverantwortung. Bewährte Parteien, wie die SVP, (*Heiterkeit*) wissen, wie direkte Demokratie funktionieren muss. Beim Entwickeln unserer Demokratie hat eine Exekutive nichts zu suchen. Punkt. Nun wird in der Begründung dieses Vorstosses behauptet, dass junge Menschen die Urne meiden würden. Und junge Menschen würden die Urne meiden aufgrund mangelnden Digitalisierungsgrades unserer demokratischen Mittel.

Digitalisierung, Digitalisierung, Digitalisierung, dies ist in aller Munde und höchst aktuell. Der Staat muss verstärkt digitalisiert werden. Das ist auch für die SVP klar. geschätzte GLP, da sollten wir gar zusammenspannen. Aber selbstverständlich nur in der Digitalisierung der Beziehung zwischen dem Staat und der Bevölkerung, nicht aber im Entwickeln unserer Demokratie. Beim Entwickeln unserer direkten Demokratie sind wir als Bürgerinnen und Bürger selbst gefordert. Und es steht gar nicht so schlecht um unsere Jugend und der Digitalisierung in unserer demokratischen Meinungsbildung. Es gibt sie längst, die Internet-Plattformen zu Abstimmungen und Wahlen. Eine bekannte ist «vimentis.ch», eine andere Plattform heisst «petitio.ch.» Es gibt deren mehr. Und sie werden sehr wohl von jungen Erwachsenen genutzt. Diese sind alle aus Eigeninitiativen von Bürgerinnen und Bürgern entstanden. Diese Plattformen wurden insbesondere von jungen Menschen entwickelt. Des Weiteren haben kantonale und gemeindeeigene Homepages auch bereits Teilnahmemöglichkeiten. Bei uns in Aesch haben wir zum Beispiel zu unserer im letzten Jahr aufgelegten Bau- und Zonenordnung ein Teilnahme-Tool aufgeschaltet, wo man seine Meinung und Anträge elektronisch

und webbasiert hinterlegen konnte. Das Tool kam auf Anregung von Bürgern und wurde rege benutzt. So muss es laufen und nicht staatsgläubig oder durch Verordnungen. Die SVP-EDU-Fraktion lehnt dieses Postulat ab.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Ja, ich weiss nicht; ich tue mir fast ein bisschen selber leid, weil das Votum bereits einiges vorwegnimmt. Wir werden das Postulat ablehnen und somit mit der SVP übereinstimmen, aber aus anderen Überlegungen und mit anderen Argumenten. Ich muss jetzt schon sagen: Wenn man «vimentis.ch» beispielsweise als innovative, partizipative Onlineplattform darstellt, dann weiss ich nicht recht. Sie ist ein bisschen trocken; ist ja nur für Abstimmungen. Letztes Mal, als ich drauf war, konnte man mit gewissen Politikern diskutieren. Aber so richtig innovativ ist das auch wieder nicht.

Ich bin froh, dass Frau Cortellini am Anfang die Frage gestellt hat, was wollen wir denn? Weil, die gleiche Frage haben wir uns in der Fraktion gestellt, als wir das Postulat gelesen haben. Ja, was wollen Sie denn? Es liest sich nämlich so schön: neue partizipative Formen der Demokratie. Darunter kann man sich vieles vorstellen. Ja, dank Digitalisierung ist noch die Ergänzung – darauf komme ich später noch –, aber partizipative Formen der Demokratie hört sich schon mal gut an. Da gibt es viele Möglichkeiten. In der Begründung wurde dann auch einiges angeführt. Die Ideen aus der Bevölkerung sollen schnell, informell, günstig in den politischen Prozess eingespielen werden. Der konkreteste Punkt ist der zweite: Dass die Bevölkerung im Rahmen bestehender politischer Prozesse zu Behördenvorlagen einfacher Stellung nehmen kann. Ich weiss nicht, die wenigsten – ausser der Mehrheit hier drin –, die dieses Votum sonst noch anhören, werden wahrscheinlich kaum jemals eine Vernehmlassungsantwort schreiben oder sich mit diesem Papierkram herumschlagen. Also, da muss man hartgesotten sein, wenn das ein politisch unbedarfter Bürger machen muss, auf diese Art und Weise ein Feedback auf eine Vernehmlassung oder auf die Raumplanung zu geben. Das ist äusserst schwierig.

Nachher geht es weiter mit der Wunschliste: Es soll Transparenz geschaffen werden bei politischen Verwaltungsprozessen und so weiter und so fort. Irgendwie hatten wir das Gefühl, dass dieses Postulat schlussendlich alles und nichts will. Es ist eine eierlegende Wollmilchsau. Wir verstehen den Groove, der dahintersteht, dass etwas getan werden muss. Das sehen wir schon auch. Die Sache ist einfach, das Ganze hier wirkt für uns ein bisschen ziellos. Hier geht man quasi hin und fischt mal im Teich. Man streckt die Angelrute beim Regierungsrat aus und schaut mal, was dabei rauskommt. Offenbar ist der Regierungsrat gewillt dazu; er will das Postulat entgegennehmen. Wir finden aber, ein bisschen konkreter könnte es trotzdem sein. Aus diesem Grund werden wir das Postulat ablehnen. Wir sind aber auch nicht besonders enttäuscht oder besonders wütend, wenn es angenommen wird. Wir sind dann gespannt auf die Antwort. Besten Dank.

Urs Dietschi (Grüne, Lindau): Ich nehme extra den Platz, der näher beim Gruseln ist.

Der Versuch, die Jugend etwas stärker einbinden zu wollen in politische Entscheide und ins Leben, finden wir eigentlich gut. Dass das Mittel «Digitalisierung» funktionieren soll, ist auch richtig. Es macht Sinn, wie die Postulantinnen sagen, dass man frühzeitig beginnen muss, die Jugend einzubinden. Wir haben ja erst letzthin wieder eine negative Erfahrung gemacht, indem man sie ausgeschlossen hat (*Anspielung auf die kürzliche Ablehnung des Stimmrechtsalters 16 in der Volksabstimmung*). Man hat Angst, sie werden manipuliert. Aber, wenn ich eine Partei-News beziehe, weiss ich nicht, wie objektiv Mitteilungen zu Wahlen und Abstimmungen sind. Da finde ich es gut oder wir finden es gut, dass da ein Mittel eingesetzt werden soll, das die Jungen animiert mitzumachen. Es ist leider so: Entweder sind die Jungen zu jung oder haben eine ausländische Nationalität. Daher ist es gut, wenn wir versuchen, die Jugend einzubinden; das sind die Wähler vom morgen; das sind jene, die – auf mein Alter bezogen – noch eine längere Lebensaussicht haben wie ich, obwohl ich mich gesund fühle. Aber man sollte die jungen Leute frühzeitig einbinden in den politischen Prozess und nicht mit gruseligen Ausreden davon fernhalten. Wir stimmen dem Postulat zu.

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Je mehr die Bürgerinnen und Bürger in verschiedenen politischen Prozessen mitreden und entscheiden können, desto besser und breiter sind politische Entscheidungen abgestützt und getragen.

Im Postulat wird erwähnt, dass die partizipative Demokratie schnell, informell und günstig sein soll. Wir glauben aber, dass diese Ziele – milde gesagt – sich konkurrenzieren. Der Regierungsrat ist gefordert, diese Ziele zu erreichen. Das Credo einer guten Demokratie soll bürgernah, unkompliziert und digital sein. Wir von der FDP finden es gut, wenn über neue partizipative Formen der Demokratie nachgedacht wird, um neue digitale Wege zu erschliessen. Wenn selbst der Regierungsrat das Postulat übernehmen will, scheint es Lücken bei der Mitwirkung und Mitentscheidung der Bürger in den politischen Prozessen zu geben. Aus diesen Gründen überweist die FDP dieses Postulat.

Nicola Yuste (SP, Zürich): Es ist schon bezeichnend, dass gerade die SVP keinen Handlungsbedarf in der Förderung der politischen Partizipation, in der Demokratiepflege sieht. Sie finden diese Vorstellung gar gruselig.

Bei unseren letzten Wahlen im März 2019 lag die Beteiligung im Kanton Zürich bei 33,5 Prozent der Wahlberechtigten. Diese Zahl ist noch trauriger oder eben gruseliger, wenn man bedenkt, dass über 40 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons nicht einmal wahlberechtigt waren, sei es wegen ihrer Nationalität oder weil sie noch nicht 18 Jahre alt waren. Von allen Zürcherinnen und Zürchern haben sich also gerade einmal 19,88 Prozent überhaupt an der Wahl beteiligt. Das ist aus demokratischer Sicht unhaltbar. Und liebe SVP, wenn Ihr wirklich meint, dass eine Beteiligung von weniger als einem Fünftel der Bevölkerung demokratisch ist, dann gruselt es mich also auch.

Es liegt in der Verantwortung der Politik, es liegt sehr wohl auch in unserer Verantwortung, die Kluft zwischen den Wählenden und der Bevölkerung zu schliessen und unsere Demokratie zu pflegen, damit sie ihren Namen wieder verdient.

Einerseits müssen wir dazu das Stimmrecht weiter ausweiten, darum kommen wir auch mit noch so vielen digitalen Vernehmlassungen nicht umhin. Gleichzeitig ist es aber eine gute Idee, jenseits der formellen politischen Teilnahmemöglichkeiten neue, einfache Wege zu entwickeln, wie Ideen aus der breiten Bevölkerung informell in das politische System einfliessen können. Durch eine breite Beteiligung möglichst vieler Bewohnerinnen und Bewohner werden unsere Entscheide nachhaltiger und besser legitimiert. Die Teilhabe wird das gesellschaftspolitische Bewusstsein der Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons Zürich stärken, was wiederum positive Effekte auf die klassische demokratische Beteiligung haben dürfte.

Dass wir dazu in Zukunft auch vermehrt digitale Mitwirkungs- und Ideenplattformen nutzen und die Politik allgemein niederschwelliger gestalten sollten, müsste absolut unumstritten sein. Ich stimme Manuel Sahli zwar zu, dass das Postulat etwas allgemein und schwammig formuliert ist. Vielleicht möchte die GLP das nächste Mal auch andere Parteien mit einladen. Es könnte für die Schärfung der Anliegen helfen. Das ist für mich aber kein Grund, der Regierung nicht diese Fischerrute in die Hand zu geben und einmal zu schauen, was dabei herauskommt. Wir ermutigen die Regierung also zu einer gesunden Portion an demokratischem Experimentalismus und werden das Postulat unterstützen.

Walter Meier (EVP, Uster): Die Gemeinden und der Kanton sind daran, die Digitalisierung der Verwaltung mit Hochdruck voranzutreiben. In der Staatskanzlei allein laufen mehr als 50 solche Projekte; in den anderen Direktionen dürften es ähnlich viele oder mehr sein.

Der Verwaltung ist es ein Anliegen, an Bürgernähe zu gewinnen. Möglichst viele Geschäfte sollen digital abgewickelt werden. Vermutlich geht es bei dem einen oder anderen Digitalisierungsprojekt genau um das Anliegen der GLP. Aus diesen Gründen war der Regierungsrat vermutlich auch bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Trotzdem, aus unserer Sicht braucht es kein weiteres Digitalisierungsprojekt; diesbezüglich läuft genug. Die EVP-Fraktion überweist das Postulat nicht. Wir können aber gut mit einer Überweisung leben.

Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil): Die Schweizer Studien «Digital Barometer» aus den Jahren 2019 und 2020 zeigen auf: Über alle Themenfelder hinweg sind die Schweizerinnen und Schweizer der Meinung, dass die Auseinandersetzung und Entscheidungsfindung nicht nur durch Expertinnen und Experten geschehen sollen, sondern dass alle Bürgerinnen und Bürger Mitsprache haben sollen. Auch seitens der Politik wird Partizipation zunehmend gefordert. Es ist unbestritten und wird auch in der Praxis immer mehr umgesetzt, dass durch den frühen Einbezug der Bevölkerung in Planungs- und Entscheidungsprozesse die betroffenen Anspruchsgruppen Teil des Vorhabens werden. Dadurch steigen die Transparenz, der Dialog und die Akzeptanz in politischen Vorhaben. Gesellschaftliche Trends, Chancen und Risiken können frühzeitig erkannt und entsprechend im Vorhaben berücksichtigt werden. Dass hierzu auch vermehrt auf Digitalisierung und E-Lösungen gesetzt wird, ist unabdingbar. Es gibt auch bereits

verschiedene Plattformen für die E-Mitwirkung für informelle und formelle Beteiligungsprozesse.

Für die Mitte widerspiegelt die politische Partizipation die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am demokratischen Leben. Technologische Entwicklungen machen neue Formen der Teilnahme an politischen Prozessen möglich und verändern die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig verändern sich auch die Prozesse der politischen Partizipation und bilden neue Foren, die anders funktionieren und anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern als bisher Einfluss verleihen. Diesen Veränderungen ist Rechnung zu tragen.

Die Digitalisierung der politischen Rechte wird weiterhin gemäss dem Ansatz «Sicherheit vor Tempo» vorangetrieben. Die Transparenz und die Vertrauenswürdigkeit der eingesetzten Systeme werden dabei laufend gefördert. Partizipation ist in aller Munde. Der Zürcher Regierungsrat widmet dem Thema Teilhabe mehrere Handlungsziele in der laufenden Legislatur. Die Regierungspräsidentin, Regierungsrätin der Justiz und Inneres (*Jacqueline Fehr*), selber hat das Thema Teilhabe zum zentralen Thema ihres letztjährigen Präsidialjahres gemacht. Braucht es noch mehr? Die Mitte sieht keinen Bedarf für einen Bericht. Viel Neues würde dabei ohnehin nicht herauskommen. Die Mitte unterstützt daher die Überweisung nicht.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos): Ich schliesse mich dem Votum von Jean-Philippe Pinto. Noch ein Postulätchen, noch etwas Arbeit für die aufgeblasene Justizdirektion. Sie können dann wieder ein paar Stellen beantragen, Frau Regierungsrätin. Sie können dann wieder ein paar von ihren Leuten dort anstellen. Und wenn ich Frau Yuste hören: Das Stimmrecht weiter ausweiten. Ja, was wollen Sie noch? Wir verschenken die Pässe in diesem Land; wir haben in diesem Land ein Stimmrecht, das es wahrscheinlich nirgends auf der Welt sonst gibt. Ja, was wollen Sie dann eigentlich noch? Ich hätte ein Resultat, Frau Yuste: Ich könnte etwas mit Ihnen tun; ich könnte mit allen von Ihnen etwas tun. Der Kollege hier vorne sagt, lieber nicht. Gehen Sie lieber einmal in eine Schule und erklären in der Staatskunde, was Sie hier drin tun. Oder? Und dann kommen die Leute vielleicht wieder. Schauen Sie einmal auf die Tribüne. Wann haben Sie die letzte Schulklasse gesehen hier drin, seit sie wieder offen ist? Es war keine hier. Vorher haben wir auch keine gesehen. Es gab einmal der schöne Ausdruck, «es ist Krieg und keiner geht hin». Nein, bei uns im Kanton Zürich heisst es: Es ist Kantonsrat und keiner geht hin. Da müssen wir uns fragen: Wieso? Da müssen wir nicht der Regierung wieder einen Auftrag geben, liebe Grüne, die hier immer motzen. Vielleicht ist es aufgrund unserer Politik hier drin. Vielleicht ist es auch, weil wir nicht mehr richtig miteinander diskutieren können, dass die Streitkultur hier drin auch nicht mehr vorhanden ist. Ich versuche es zu tun, ja. Ich versuche es zu tun und ich versuche mit meinen kleinen Mitteln, dass die Schulen wieder hier reinkommen. Sie haben die Möglichkeit, vor den Abstimmungen mit verschiedenen Organisationen in die Schulen zu gehen. Wer von Ihnen hat das getan? Praktisch niemand. Es sind wahrscheinlich zwei Handvoll von Leuten hier drin, die das getan haben. Also, nehmen Sie sich selber an der Nase und schauen Sie selber, was

Sie machen können. Aber unterstützen Sie nicht solch unnötige Postulate, die der Regierung nur Arbeit machen und nichts bringen. Und vor allem: Machen Sie etwas, Herr Kollege Grüner, und motzen Sie nicht.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Das nächste Mal ziehe ich wahrscheinlich auch einen Zweireiher an; dann bin ich eindrucksvoller. Auf jeden Fall folgendes: Ich bin nicht für dieses Postulat. Wir haben klare Kompetenzordnungen. Wir wissen, welche Instanz was selber entscheiden muss. Und was ich sehr wichtig finde: Wir haben auch Regeln, wann das Volk entscheiden soll. Ich bin sehr für Volksentscheide in vielen Punkten. Ich bin auch immer wieder dafür, dass etwas mit Initiativen unterbreitet wird. Aber etwas Plebiszitartiges aufzuziehen, dass jede Instanz, die etwas unsicher ist, am besten auch Gerichte, kurz eine Presse-Volksbefragung durchführt oder einen Wahrheitsfinder, der die Mainstreampresse beauftragt zu sagen, wer hat recht. Irgendwie kommt das quer. Wir haben die Ordnung, wir haben eine demokratische Ordnung. Ich unterstütze, dass möglichst viele Leute partizipieren. Aber wir brauchen nicht zusätzliche Partizipationsauflagen. Wer möchte, kann sich auch in der Presse, kann sich auch auf alle möglichen Arten, auf YouTube und irgendwelche Netzwerke, äussern. Das mache ich auch. Und es funktioniert. Wer da hört, ist eine andere Frage. Aber ich würde es nicht als Auflage an die Regierung installieren. Da haben wir klare Kompetenzordnungen. Ich danke euch sehr fürs Zuhören. Übrigens zur Streitkultur: Wir werden ja nächstens hoffentlich wieder in das alte Kantonsratsgebäude ziehen. Dann können wir uns auch wieder sehen. Es gibt sehenswerte Kantonsräte: Markus Birschoff sehen und sterben. (*Heiterkeit*) Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Regierungsrätin Jacqueline Fehr: Teilhabe ist das gesellschaftliche Schlüsselthema der Gegenwart und deshalb für den Regierungsrat auch ein zentrales Legislaturziel und ein zentraler Legislaturschwerpunkt. Die Partizipation, also das Teilhaben an der Entscheidungsfindung, ist dabei ein wichtiges Element. Die digitale Teilhabe ist dabei nochmals ein wichtiges Element.

Wenn man etwas googlet, findet man das «Demokratielabor Basel». Ende April wurde dazu kommuniziert. Die Region Basel, also dieser Zusammenschluss verschiedener Institutionen des Kantons und weiterer Institutionen aus der Wissenschaft, die sich da zusammengeschlossen haben, um die Digitalisierung voranzutreiben, hat dieses «Demokratielabor Basel» Ende April gegründet. Es wird versucht, in diesem Projekt verschiedene Formen von Teilhabe von digitaler Art auch zu unterstützen und auszuprobieren. Ich betone vor allem auch das letzte Wort «auszuprobieren». Wir müssen in der Demokratie auch wieder lernen, neue Formen zu suchen und nicht immer nur im Vornherein wissen, wie es geht.

Wenn vorher ausgeführt wurde, unsere institutionelle Demokratie mache es möglich, den Stimmberechtigten das Recht einzuräumen, mit zu entscheiden, dann stimmt das. Es stimmt aber genauso, dass diese institutionelle Demokratie auf die Stimmberechtigten beschränkt ist und damit – das wurde ausgeführt – auf eine immer kleinere Minderheit in der Bevölkerung. Und zweitens geht es eben in die-

ser institutionellen Demokratie ums Entscheiden, also die Bevölkerung kann entscheiden. Aber, ob sie auch mitwirken kann in der Entstehung, ist damit noch nicht gesagt. Mitwirkung bindet die Menschen ein, aber Mitwirkung schafft dem Staat, der öffentlichen Hand, auch zusätzliches Wissen. Das wissen all jene Gemeindevertreterinnen und -vertreter, die solche Mitwirkungsprozesse schon in Gang gesetzt haben, sei es bei Arealüberbauungen, Dorfplatzgestaltungen, neuen Wohnsiedlungen, Nutzungsfragen verschiedener öffentlicher Gebäude und Institutionen. Die Gemeindevertretungen wissen sehr gut, dass Mitwirkung oft a) zu besseren Resultaten und b) zu besser akzeptierten Resultaten führt. Dass dabei nicht nur die analoge Mitwirkung, also nicht nur das physische Zusammenkommen der immer gleichen Menschen, sondern eben auch digitale Formen entwickelt werden sollen, die auch anderen Menschen den Zugang zu dieser Mitwirkung ermöglichen, scheint selbstverständlich. Wir denken da an Menschen mit Einschränkungen; wir denken aber auch an Menschen, die vielleicht abends nicht mehr an eine Veranstaltung möchten; wir denken auch an Junge, die ganz einfach gewohnt sind, über andere Kanäle teilzunehmen und teilzuhaben. In diesem Sinne ist der Regierungsrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Ich gebe es ehrlich zu: Es ist nicht zwingend, weil diese Arbeiten sowieso im Gange sind, weil sie sowieso auch zur digitalen Strategie gehören. Aber es ist selbstverständlich auch nicht hinderlich, wenn dieses Postulat überwiesen wird. Was wir aber sicher tun werden, ist mit beispielsweise dieser erwähnten «Smart Regio Basel» zusammenzuarbeiten, weil das ist auch wichtig in der aktuellen Zeit. Man muss das Rad nicht tausendmal neu erfinden, sondern man muss mit jenen kooperieren, die bereits an solchen Projekten arbeiten. Andererseits muss man die eigenen Erfahrungen anderen wieder zur Verfügung stellen. Das sind auch neue Arbeitsweisen über die Grenzen hinweg, über die Disziplinen hinweg, die wir verfolgen müssen. In diesem Sinne bin ich gespannt auf das Resultat. Die Digitalisierung und die digitale Teilhabe werden sowieso weiterentwickelt.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 84 : 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 226/2019 überweisen.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.